

Absender:  
SPD-Wahlkreisbüro Sabrina Repp, MdEP, Doberaner Straße 6, 18057 Rostock

25.06. 2025

**Sabrina Repp, MdEP**

**Büro Brüssel**  
Parlement européen  
Bât. ALTIERO SPINELLI  
12G242  
60, rue Wiertz  
B-1047 Bruxelles/Brussel

Büroleitung:  
Arzu Mouchtar  
Tel.: +32 228 45783  
Mail: [sabrina.repp@europarl.europa.eu](mailto:sabrina.repp@europarl.europa.eu)

**Wahlkreisbüro Rostock**  
Sabrina Repp  
SPD-Wahlkreisbüro  
Doberaner Str. 6  
18057 Rostock

Büroleitung:  
Anne Niekrenz  
Tel.: +49 (0)1573 4451906  
Mail: [kontakt@sabrina-repp.eu](mailto:kontakt@sabrina-repp.eu)

Web:  
[www.sabrina-repp.eu](http://www.sabrina-repp.eu)

## Pressemitteilung

### "EU-Fördergelder müssen bei den Menschen ankommen – nicht bei der Rüstungsindustrie"

Brüssel, 25. Juni 2025 –

Im Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments wurde heute über die vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik abgestimmt. Die SPD-Europaabgeordnete Sabrina Repp hat dem Bericht nicht zugestimmt – aus klaren politischen Gründen.

„Die Kohäsionspolitik soll gleiche Lebensverhältnisse in ganz Europa fördern – insbesondere in strukturschwachen Regionen“, erklärt Repp, regionalpolitische Sprecherin der Europa-SPD. „Die nun vorgesehenen Änderungen weichen diesen Auftrag auf. Kohäsionsmittel sollen künftig auch für Verteidigungsausgaben und große Industrieprojekte genutzt werden – das geht an der Lebensrealität vieler Regionen vorbei.“

Kritisch sieht Repp vor allem die geplante Öffnung für militärisch nutzbare Infrastruktur – mit vollständiger EU-Finanzierung ohne nationalen Eigenanteil und ohne klare Begrenzung auf zivile Zwecke. „Kohäsionsmittel sollen keine militärischen Produktionsstandorte in urbanen Zentren fördern, sondern Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe in ländlichen und benachteiligten Regionen sichern“, so Repp weiter.

Zudem kritisiert sie, dass bestehende Mittel kurzfristig umgewidmet werden sollen – ohne zusätzliche Gelder und ohne belastbare Folgenabschätzung. „Die Bundesländer haben längst signalisiert, dass unter den aktuellen Bedingungen keine sinnvolle Umprogrammierung möglich ist. Was hier als technische Anpassung verkauft wird, ist in Wahrheit ein Vorgriff auf die strategische Ausrichtung des nächsten EU-Haushalts ab 2028.“

Ein weiteres Problem sieht Repp in der geplanten stärkeren Förderung großer Unternehmen, etwa im Rahmen der STEP-Initiative. „Wenn milliarden-schwere Programme mit hohen Kofinanzierungsraten und schwacher Kontrolle aufgesetzt werden, fehlt am Ende das Geld für soziale Projekte, kommunale Infrastruktur oder lokale Entwicklung – dort, wo es am dringendsten gebraucht wird.“

Unumstritten bleibt: Der russische Angriff auf die Ukraine stellt die Europäische Union nach wie vor vor große Herausforderungen. Gerade in Bezug auf

Verteidigungsfragen - umso wichtiger sind klare Leitplanken: „Verteidigungsausgaben brauchen eigene Finanzierungsinstrumente. Die Kohäsionspolitik darf nicht zur Haushaltsreserve für industriepolitische oder sicherheitspolitische Lücken gemacht werden.“

Auch das Verfahren selbst sieht sie kritisch: „Die Entscheidungsvorlage kam unter großem Zeitdruck. Für eine fundierte Debatte war kaum Raum. Doch wir reden hier über mehr als bloße Umverteilung – wir entscheiden über die Zukunft der europäischen Regionalpolitik.“

Der Trilog zu dem Gesetzesvorschlag soll im Juli beginnen. Noch vor der Sommerpause ist bereits eine Abstimmung im Plenum geplant.